

# 300 000 Agenten am Werk

Im Auftrag Moskaus — 16 000 in der Bundesrepublik

Berlin (Eigener Bericht). — Es wäre falsch, wenn man von der sichtbaren Stärke des Kommunismus auf die seiner Geheimapparaturen schließen wollte. Dieser Totalitarismus, so meinte Frau Margarete Buber-Neumann in einem Vortrag „Die unterirdische Macht des Kommunismus“, gliche einem Eisberg, der nur zu einem Drittel aus dem Wasser rage.

Die Referentin, die durch die Gefängnisse Stalins und Hitlers hat gehen müssen, war um Beispiele der Wirksamkeit des kommunistischen Untergrundes nicht verlegen. Ob er mit Terror, Mord oder Menschenraub agiert: stets zeigt sich, daß hier eine politische Weltanschauung, die auf absolute Herrschaft zielt, mit unbedingter Konsequenz jeden Lebensbereich vor allem in nichtkommunistischen Ländern unterwandert.

Margarete Buber-Neumann machte nicht nur deutlich, wie sich Ulbricht seit 1933 seiner

Widersacher entledigte, indem er sie entweder in Moskau denunzierte oder in Deutschland der Gestapo auslieferte. Eindringlich hob sie auch hervor, daß heute die subversive Tätigkeit der Kommunisten vor allem auf die westdeutschen Gewerkschaften einwirke. Von ihnen versprechen sie sich in einer Krisensituation die beste Hilfe. Gegenwärtig arbeiten ungefähr 300 000 Agenten in der nichtkommunistischen Welt für Moskau, von ihnen entfallen allein 16 000 auf die Bundesrepublik und auf Westberlin.

## „Westberlin nicht ausklammern“

Lemmer begrüßt Bemühungen um Interzonenhandels-Abkommen

Aachen (dpa). Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, warnte vor Studenten der Technischen Hochschule in Aachen davor, Westberlin aus den Handelsverträgen auszuklammern. Der Abschluß eines neuen Interzonenhandels-Abkommens erscheine ihm unvorstellbar, wenn nicht die integrale Zugehörigkeit Westberlins zum Währungsgebiet der Bundesrepublik aufrechterhalten bleibe.

Lemmer erklärte wörtlich: „Der Versuch, Westberlin aus dem neuen Interzonenhandels-Abkommen auszuklammern und damit zugleich aus dem Zusammenhang mit dem Währungsgebiet der Bundesrepublik zu lösen, wäre eine bedeutsame Vorentscheidung für den An-

sturm des Ostens auf die freiheitliche Stellung Westberlins.“ Der Minister begrüßte die Bemühungen um ein neues Interzonenhandels-Abkommen mit den Worten: „Ich wäre ein schlechter gesamtdeutscher Minister, wenn ich nicht den Wunsch hätte, wenn es irgendwie zumutbar ist — allerdings nur dann —, den gesamtdeutschen Handel aufrechtzuerhalten, weil er zu den wenigen Klammern zwischen den beiden Teilen Deutschlands gehört.“

Dies sei auch für die Verhandlungen um den deutsch-sowjetischen Handelsvertrag wichtig. Es sei unvorstellbar, daß zwischen dem Westberliner Senat und der Sowjetregierung ein separater Handelsvertrag abgeschlossen werden könne.

## Dank an Thomas

Berlin (epd). Die Eltern der Thomaner in Leipzig haben, wie erst jetzt bekannt wird, auf einer Versammlung am 21. November einmütig die Beibehaltung der kirchlichen Tradition des Chores und der christlichen Erziehung im Leipziger Thomaner-Alumat gefordert. Bei einer Kursänderung der Erziehung würden sie ihre Kinder keinen Tag länger im Alumat lassen. Die Eltern meldeten ihren Widerspruch an gegen „die entstehenden Berichte der SED-Presse“ über die Vorgänge, die Professor Thomas zum Verlassen Leipzigs veranlaßt haben, forderten eine Richtigstellung und sprachen Professor Thomas für seine Tätigkeit als Kantor ihren Dank aus.

## „Volksrichter“-Liste nach Bonn

Berlin (Eigenmeldung). Der Senat wird dem Bundesjustizminister und den Länderministern Abschriften von einer Liste aller im Jahre 1944 am „Volksgerichtshof“ tätigen Richter und Beisitzer übermitteln. Die Ministerien erhalten dadurch die Möglichkeit, Gerichte und Justizverwaltungen nach ehemaligen prominenten Nazi-richtern zu durchleuchten.

Die Liste war in einer Dokumentensammlung entdeckt worden, die am 2. November bei Enttrümmerungsarbeiten auf dem Grundstück des „Volksgerichtshofes“ gefunden worden war.

## Vertragtes Europa

K. W. B. Die europäische Einigung wird wieder einmal vertragen. Adenauers Katarrh hat genügt, um die erste Gipfelkonferenz der sechs europäischen EWG-Länder zwei Tage, bevor sie beginnen sollte, zu vertragen. Der Respekt vor dem Bundeskanzler müßte in der europäischen Öffentlichkeit noch größer sein, als wir das bisher wußten, wenn man die Vertagung von Paris allein als Vertagung um Adenauers willen deuten wollte. Natürlich war die Bundesrepublik ein Motor, der die anderen fünf Länder zu diesem Treffen ermunterte hatte. Der Bundeskanzler hatte aber, als ihm der Arzt schließlich einen Strich durch seine Reise-Rechnung machte, den Außenminister und seine beiden Staatssekretäre sehr genau mit seinen Intentionen für die Pariser Zusammenkunft vertraut gemacht. Es scheint, daß die Ministerpräsidenten von Italien, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg aber die Anwesenheit gerade des Bundeskanzlers auf ihrer Zusammenkunft für unerlässlich hielten. Gewiß aber besonders den Adenauer, der vorher mit de Gaulle gesprochen hatte.

Das Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten schien wohl allen Beteiligten als Voraussetzung für die Verhandlungen im Kreise der Ministerpräsidenten. Heute sollte es stattfinden. Es wäre eines der schwierigsten geworden, das nach dem Kriege unter Freunden geführt worden ist. Das war kein Geheimnis mehr, seit der Bundeskanzler seine Meinungsverschiedenheiten mit de Gaulle nicht mehr in der Stille seiner Brust verwahrt hatte. Es sind Auffassungsunterschiede darüber, wie eine größere europäische Schlagkraft erzielt, wie die beiden Hälften des freien Europas in eine fruchtbare Zusammenarbeit geführt und welche Rolle hierbei den Ländern einzeln und der NATO zusammen übergeben werden müßte. Das hatte mit de Gaulles nun schon längerer Zeit zurückliegender Vorstellung von einer neuen Bündnisorganisation der Staaten Europas, dem „Europa der Vaterländer“, und

dem Sonderrecht Frankreichs inner- und außerhalb der NATO begonnen. Die Gespräche von Rambouillet, die dem ganz anderen Europa galten, wie der nationale Heros de Gaulle sich vorstellte, hatten, beim längeren Durchdenken, in den letzten Monaten zu einem steigenden Unbehagen geführt. Der französische Ministerpräsident Debré war indessen in Bonn, um den für das europäische Einvernehmen unerlässlichen deutsch-französischen Akkord an die de Gaulleschen Gedankengänge anzugleichen. Es war wohl, wie immer, eine gute deutsch-französische Aussprache. Doch Adenauers Bedenken gegen den französischen Weg in Europa waren größer geworden. Vieles deutete darauf hin, daß jetzt Adenauer derjenige sein wollte, der de Gaulle zu überzeugen wünschte.

★

Niemand machte sich Illusionen, daß der französische Staatschef leicht zu bewegen sein würde, sich von seinen eigenwilligen National-Ideen zu lösen. Er hatte ja, sosehr ihn sein einsam gewordener Kampf um die Algerien-Lösung verzehrt, nirgendwo eine Kompromißbereitschaft erkennen lassen. Er verfocht, wie in seiner nationalen Politik, gegen links und rechts, gegen die eigenen Freunde und die Gegner, seinen Plan. Frankreich wird gebraucht. Europa ist nicht Europa, wenn Frankreich ausfällt. Das Lamentieren darüber, was Frankreich inzwischen Europa für Steine in den Weg gelegt hat, führt nicht weiter; denn die Erinnerung daran, was Frankreich für Europa geleistet hat, verkleinert allen Ärger, den es heute Europa schaffen mag. Die deutsche Politik ist mit der Politik Frankreichs unlöslich verkoppelt. Der Brückenschlag über den Rhein hat nicht einer bestimmten politischen Richtung in Frankreich gegolten. Vielleicht haben sich Adenauer und Schuman von allen Partnern, die der Bundeskanzler im letzten Jahrzehnt gehabt hat, am besten verstanden. Doch selbst mit den französischen Kräften, die vor sechs Jahren die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ im Keime erstickten, ist das Fundament der

deutsch-französischen Zusammenarbeit weiter ausgebaut worden. Als de Gaulle kam, schien eine ernste Gefahr zu drohen. Es war falscher Alarm. Der Staat de Gaulles war eben nicht Restauration, jedenfalls nicht für die schlimme Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen; denn es gab und gibt viel eindringliche Beweise dafür, daß de Gaulle das Bündnis über den Rhein hinweg als die Grundlage für Europa ansieht.

★

Nun aber schreit Europa geradezu danach, aus dem Hin und Her seiner Meinungen herauszuwachsen. Es muß die Kette seiner halben Versuche, seine Kräfte zusammenzuschließen, endlich mit vollen Lösungen abschließen. Es ist nicht sosehr die Frage Integration oder feste Koalition, die die Staatspolitik der europäischen Staaten bedrängt. Es ist vielmehr die Notwendigkeit einer militärischen und wirtschaftlichen Organisation, die fortgeschrittene Bewaffnung und die fortschreitende Wirtschaftskonzentration der Gegenseite verlangt. Die Pariser Konferenz der Ministerpräsidenten der europäischen Länder hätte sicherlich Europa auch nicht aus seiner Unorganisiertheit gelöst. Doch zwei Schritte waren immerhin zu erwarten: Die Aufforderung an England und vielleicht auch an die sieben Länder der EFTA, sich über die politische Brücke auf die wirtschaftlich noch ungepflasterte Straße zu begeben. Und sicherlich auch die Übereinkunft, die NATO nicht nur als vierte oder fünfte Atommacht, sondern als eine straff funktionierende militärische und politische Gemeinschaft endlich auszubauen. Was für solche europäische Initiative gebraucht wurde, war die französische Mitwirkung. Die Konferenz von Paris aber ist abgesagt. Für Mitte Januar ist sie jetzt vorerst geplant. Dann wird de Gaulle sein Algerien-Plebizit hinter sich haben, und die amerikanische Regierung Kennedy wird sich eben anschicken, aktiv zu werden. Das könnten günstige Aspekte sein. Europa hat freilich schon viele freundlicher erscheinende nicht genutzt.

## Wer kolonisiert?

DT. Die Kolonialdebatte in der UNO ist eine Erfindung Chruschtschows. Sie entspringt einer sehr ernst zu nehmenden Konzeption. Wer das Herz des schwarzen und des gelben Mannes gewonnen hat, braucht keinen Krieg mehr zu führen, denn er hat damit die politischen Gewichte in der Welt entscheidend zu seinen Gunsten verschoben. Chruschtschow wird nicht müde geworden sein, seine militanten chinesischen Gesprächspartner in Moskau für diese Idee zu gewinnen.

Die Kolonialdebatte ist also Weltpolitik, das heißt nach sowjetischer Lesart: Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Dabei sieht sich Chruschtschow zwei Fronten gegenüber: der westlichen und der chinesischen. Ein Sieg an der zweiten Front setzt sichtbare Erfolge an der ersten voraus. Das Fiasko der Sowjets am Kongo war nicht gerade dazu angetan, die Chinesen von ihrer altstalinistischen Methode des brutalen Zugriffs abzubringen. Die Schatten dieser Niederlage fielen auch auf Chruschtschows Glanzbeispiele Guinea und Ghana, wo es den Kommunisten immerhin gelungen ist, dem antiwestlichen Affekt einen proöstlichen Effekt zu geben. Der sowjetische Ministerpräsident braucht daher jetzt neue Erfolge dieser Art, um seine Methode der Welteroberung zu rechtfertigen. Für ihn geht es heute um mehr als die Welt Herrschaft des Kommunismus. Die Vorherrschaft der Sowjetunion im sozialistischen Lager steht auf dem Spiel.

Dieser Hintergrund macht es verständlich, warum die Ostblock-Delegationen auf die Rede des britischen Chefelegierten Ormsby-Gore so empfindlich reagierten. Diese Rede gefährdete nämlich den Sieg der Sowjets an der Front gegen den Westen, ohne den es keinen Sieg an der ideologischen Front Rotchina geben kann. Die Formulierung, daß Moskau der größte Unterdrücker unserer Zeit sei, enthält Ekkrasit. Sie ist glaubwürdig, weil sie sich auf Tatsachen stützt — und auf einen sichtbaren Unterschied. Großbritannien und die anderen Kolonialmächte des Westens,

selbst Frankreich und Belgien, haben seit Ende des zweiten Weltkrieges Millionen Farbigen die Freiheit gegeben. Kolonialisiert, rücksichtslos unterjocht, hat in dieser Zeit nur die So-

wjetunion, sie allein. Die Flucht von 2,5 Millionen Menschen aus der Sowjetzone, die die Note der Westmächte an die UNO erwähnt, liefert dafür den Beweis in Zahlen.

## Dr. Krone 65 Jahre

DT. „Der Vater hat gesagt...“ Wenn ein Mitglied der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages einen Satz mit diesen Worten beginnt, so wird seine Äußerung unter den Fraktionsangehörigen mit derselben aufmerksamen Achtung aufgenommen, wie wenn sich ein Naturwissenschaftler auf Albert Einstein oder auf Professor Heisenberg beruft. Greift „der Vater“ mit seinem beruhigenden Baß in eine Diskussion ein, so ist die Sache schon so gut wie entschieden: Alle haben das Gefühl, daß in seiner Rede alle Einwände im voraus bedacht und damit eigentlich überwunden sind.

Dieser Mann, der im Laufe der Jahre so unabänderlich väterliche Autorität über eine Fraktion von 280 Abgeordneten verschiedenster Herkunft und gegensätzlicher Temperamente gewonnen hat, ist am 1. Dezember in das großväterliche Alter von 65 Jahren getreten. An diesem Tage hat die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages ihren Vorsitzenden so gefeiert, wie es seine Scheu vor öffentlichem Zeremoniell zuläßt. Sie tat es nicht aus Pflicht, sondern aus Dankbarkeit: Seit der „Kanzler-

krise“ des vergangenen Jahres gibt es wohl niemanden in der CDU, der nicht weiß, wie sehr Krone sich um den Zusammenhalt der Partei und den Ausgleich ihrer inneren Gegensätze verdient gemacht hat.

Was die Öffentlichkeit weniger weiß und auch die meisten Abgeordneten nur ahnen, ist die Tatsache, daß Krone zu den wenigen Politikern gehört, die an der Festigung des politischen Kurses der Bundesrepublik unmittelbar beteiligt sind. Es fällt nicht leicht, eine wichtigere Entscheidung zu treffen, ohne daß Bundeskanzler Dr. Adenauer vorher den Rat seines Fraktionsvorsitzenden eingeholt hat. Wahrscheinlich ist Krones Einfluß heute größer als der jedes einzelnen Bundesministers. Er macht sparsamen Gebrauch davon. Daß es so unmerklich geschieht, liegt an der Persönlichkeit des Mannes, der immer — schon in den Zeiten der Weimarer Republik — den öffentlichen Markt scheute. Die vielen Jahre, die er im Reichstag still und unauffällig gewirkt hat, kamen seiner Fraktion und seiner Partei, deren stellvertretender Generalsekretär er war, immer sehr zugute.

## Ein „kalter Krieg“ beendet

### Erzbischof von Canterbury beim Papst

Rom (upi/ap). Der Erzbischof von Canterbury, Dr. Fisher, traf in Rom ein, wo er von Papst Johannes empfangen wurde. Am Vorabend seines Besuchs im Vatikan erklärte er in einer Predigt, der „kalte Krieg mit der katholischen Kirche“ gehe zu Ende. Die Begegnung mit dem Papst nannte Fisher ein Ereignis von historischer Bedeutung und einen „Akt der Höflichkeit in christlicher Bruderschaft“.

Das Gespräch zwischen dem Papst und dem Erzbischof von Canterbury hat zu vielerlei Maßnahmen Anlaß gegeben. Über-

wiegend wird die Ansicht vertreten, daß sich nach dieser Unterredung gemeinsame Anstrengungen bei der Abwehr des atheistischen Materialismus abzeichnen könnten. Mit dem Empfang Fishers macht Papst Johannes eine Ausnahme in der Tradition, da er in der ersten Adventswoche sonst wegen seiner Teilnahme an den geistlichen Exerzitien im Vatikan keine Besuche empfängt. Es ist die erste Begegnung eines Erzbischofs von Canterbury und dem Oberhaupt der katholischen Kirche seit der Reformation vor rund 400 Jahren.

## Warum sie fliehen

DT. Auf über 4000 ist die Zahl der Zonenflüchtlinge in der Vorwoche wieder angewachsen. Dabei ist nicht einmal die Tatsache so alarmierend, daß fast tausend Menschen mehr kamen als acht Tage zuvor, vielmehr beunruhigt auch die SED der nicht enden wollende Aderlaß an geistiger Substanz in ihrem Machtbereich. Bisher haben in diesem Jahre über 800 Ärzte, 140 Wissenschaftler und 1800 Lehrer die Zone verlassen. Was hat man nicht alles an Sonderrechten den Professoren, den Ärzten, der technischen Intelligenz eingeräumt, um sie bei der Stange zu halten? Westmarkbeträge wurden frei gemacht für ihre Honorierung, Reisegenehmigungen erteilt, den Kindern das Hochschulstudium ohne vorherige Bewährung in der Produktion ermöglicht. Aller Großmut des Systems scheint vertan, an „Unwürdige“ verschwendet zu sein.

So jedenfalls sieht es die SED. An den Hochschulen der Zone werden zur Zeit die Wahlen der FDJ-Funktionäre „vorbereitet“. Das geschieht in Ermangelung wirklicher Wahlen mit sogenannten Diskussionen. Hauptthema ist nach zuverlässigen Berichten in diesem Jahre die Frage: „Wie kann die Republikflucht von Wissenschaftlern endlich überwunden werden?“ Vielleicht wäre dem Thema beizukommen, wenn sich die SED zu der von ihr immer wieder geforderten „Selbstkritik“ überwinden könnte. Dann würde sie bekennen müssen, daß wissenschaftliche Forschung und Lehre nur in Freiheit möglich sind, daß Lehrpläne wohl gewisse Bildungsziele markieren, aber nicht die Lehrer zu Demagogen des atheistischen Kommunismus degradieren können. Die SED würde glaubhaft versichern müssen, daß Techniker und Konstrukteure nicht ins Zuchthaus wandern, wenn ein neuentwickelter Typ oder Werkstoff nicht auf den ersten Anhub zu einem bahnbrechenden Erfolg wird.

Müßte es auch nicht die SED bedenklich stimmen, daß nur 14 Prozent der geflüchteten Intelligenz sich mit Fluchtgedanken getragen und die Flucht materiell vorbereitet haben? Sie

alle wollten, wie Bundesminister Lemmer auf Grund von Flüchtlingsaussagen feststellte, trotz aller Erschwernisse und Unzuverlässigkeiten solange wie nur irgend möglich auf ihrem Posten ausharren. Und auch Moskau sollte zur Kenntnis nehmen, daß die Bundesregierung niemanden zur Flucht ermutigt oder auffordert — nicht nur aus Verantwortung gegenüber dem einzelnen, sondern aus der ihr

zugewachsenen gesamtdeutschen Verantwortung.

Wie aber soll man mit einem Sinneswandel der SED-Funktionäre rechnen, wenn auf der soeben beendeten Frauentagung in Ostberlin Sätze wie dieser als der Weisheit letzter Schluß verkündet wurden: „Genosse Walter Ulbricht lehrt, mit großer Geduld den Weg zum Herzen und zum Verstand jeder Frau zu finden!“?

## Bonn begrüßt Einlenken

Auch England verzichtet auf Stationierungskosten

Bonn / Washington (UPI/dpa). Die Bereitschaft der amerikanischen Regierung, auf die Zahlung von Stationierungskosten durch die Bundesrepublik zu verzichten, ist in Bonner amtlichen Kreisen begrüßt worden. Es wurde betont, daß die Regierung nach wie vor den Ernst der Entwicklung der amerikanischen Zahlungsbilanz erkenne und bereit sei, nach Kräften ihren Beitrag zur Verbesserung dieser Lage zu leisten. Die Zahlung von Stationierungskosten sei aber aus den verschiedensten Gründen nicht möglich gewesen.

Der Pressesekretär Präsident Eisenhowers, Hagerty, hatte in

Washington bekanntgegeben, die amerikanische Regierung habe ihre Forderung fallenlassen. Nach dieser amerikanischen Entscheidung hat auch Großbritannien nicht mehr die Absicht, von Bonn ebenfalls Stationierungskosten für die Rheinarmee zu fordern.

In Bonn wurde erneut auf die den amerikanischen Unterhändlern gemachten Angebote hingewiesen, die weiterhin Gültigkeit hätten. Diese Angebote betreffen eine Erhöhung der Entwicklungshilfe, eine größere Beteiligung der Bundesrepublik an den Kosten der NATO-Infrastruktur und eine vorzeitige Rückzahlung der deutschen Nachkriegsschulden.

## Senat gegen Korruption

Berlin will Geschenkwesen verhindern

Berlin (Eigenbericht). Um Bestechungsversuche sowie das Geschenkwesen in der Berliner Verwaltung möglichst auszuschalten, hat der Senat neue scharfe Bestimmungen über die Vergabe öffentlicher Aufträge beschlossen.

Danach führt bereits das Angebot eines Geschenks an öffentliche Angestellte, Arbeiter und Beamte zur sofortigen Annullierung des Auftrages. Die auftraggebende Verwaltung muß bei den Verträgen mit den Firmen vereinbaren, daß ein Rücktrittsrecht für den gesamten Auftrag besteht, wenn beteiligten Verwaltungsangehörigen von der betreffenden Firma Geschenke oder andere Vorteile versprochen, angeboten oder gewährt werden.

Die Pflicht zum Rücktritt von dem Vertrag ist für das Land Berlin auch dann gegeben, wenn die Geschenke oder Vorteile nicht dem Verwaltungs-

angehörigen unmittelbar, sondern in seinem Interesse einem Angehörigen oder einer anderen ihm nahestehenden Person oder im Interesse des einen oder anderen einem Dritten gegeben werden.

Ein Sprecher des Senats wies ferner darauf hin, das Land Berlin müsse im Falle eines unter diesen Umständen erfolgten Rücktritts vom Vertrag von der betreffenden Firma oder Lieferanten sogar Schadenersatz verlangen.

Die Anregung zu dieser neuen Bestimmung geht zum wesentlichen Teil vom Deutschen Städtetag aus.

# 50 Jahre Berliner U-Bahn

In zwei Jahren wurde die Strecke Innsbrucker Platz—Nollendorfplatz gebaut

„Meine Herren, beschließen Sie heute den Bau der Schnellbahn, so wird in 24 Stunden sofort mit dem Bau begonnen und in zwei Jahren der Betrieb eröffnet werden.“ Diese Worte richtete nach dreieinhalbstündiger Debatte am 8. September 1908 der Stadtbaurat Gerlach an die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung. Fast einstimmig wurde darauf die Vorlage über den Bau der Schnellbahn Schöneberg—Berlin angenommen. Und am 9. September 1908 um 16.30 Uhr erfolgte an der Innsbrucker Ecke Grunewaldstraße der erste Spatenstich für die erste Berliner U-Bahn.

Dieses Tempo der Schöneberger Gemeindeväter entsprach der Schnelligkeit, mit der zwei Jahre später, am 1. Dezember 1910, die ersten Züge der Schnellbahn die Stationen vom Innsbrucker Platz zum Nollendorfplatz durcheilten. Denn nicht nur der erste Spatenstich erfolgte prompt 24 Stunden nach dem Beschluß, sondern auch die Bauterminne und der Kostenvoranschlag in Höhe von 13 900 000 Mark wurden eingehalten. Das waren noch Zeiten vor 50 Jahren!

## Grund zum Feiern

Das Projekt einer Schnellbahn wurde allerdings schon Jahre früher diskutiert. Es war schwer, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit dieses Projektes zu überzeugen, bis dann auf Initiative von Oberbürgermeister Wilde und Stadtbaurat Gerlach die Schöneberger Gemeindeväter zu ihrem spontanen Entschluß kamen.

Man nahm sich aber trotzdem noch die Zeit zum ausgiebigen Feiern. Der erste Spatenstich wurde zum Anlaß für ein Volksfest. Das „Schöneberger Tageblatt“ vom 10. September 1908 schreibt darüber: „Auf dem Gelände, wo vor kurzem noch junge Damen und Herren ihre Rackets schwingen, vollzog sich nun die Übergabe des Bauteerrains.“ Gemeint war der Bayerische Platz, auf dem man in Windeseile ein Zeit errichtete, in dem die Stadtväter und auch der strenge Herr Polizeipräsident Dr. Freiherr von Lüdinghausen auf den glücklichen Aufbau, das Blühen und Gedeihen der Schnellbahn anstießen. Denn „obwohl zu dem fröhlichen Trinkgelage die Einholung der Genehmigung bei der hohen Polizei im Festestrubel vergessen worden sei, wollte er den-

noch die Fidelitas nicht stören“, meinte der Herr Polizeipräsident. Vielmehr gebe er der Stadt eine unbeschränkte Polizeistunde. „Donnernder Jubel folgte diesen Worten.“

## „Zeit ist Geld!“

Der damalige Oberbürgermeister von Schöneberg, Rudolph Wilde, betonte: „Die Schnellbahn ist das Größte, was wir seit zehn Jahren getan haben. Sie erfordert eine Riesenaufwendung der Stadt, aber sie wird ihr zum Segen gereichen durch die Erschließung neuer Gegenden. Dieses Werk, für das wir Millionen aufwenden, hat keinen anderen Zweck, als uns und unseren Nachkommen täglich einige Minuten Zeit zu ersparen. Zeit ist Geld!“

Fast zwei volle Zeitungsseiten stellte das „Schöneberger Tageblatt“ am 10. September 1908 zur Verfügung, um die tech-

nischen Details der neuen U-Bahn zu erläutern. Die Gesamtlänge betrage 2935 Meter, die Entfernung der Haltestelle 775 Meter, die Durchschnittsbreite der Bahnsteige sechs Meter, deren vorläufige Länge für drei Wagenzüge ausreiche, die aber auch für längere Züge ausgebaut werden könnten.

Die Bauausführung wurde der Firma Siemens & Halske übertragen. Man hatte mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, vor allem mit dem Grund- und Sickerwasser. Aber in allem bewies die Schöneberger, vor allem Stadtbaurat Gerlach, ihre Findigkeit. Zur gleichen Zeit entstand nämlich auf seine Anregung hin der Schöneberger Stadtpark. Und die 200 000 Kubikmeter Bodenmassen, die man dort bei den U-Bahn-Ausschachtungen gewann, dienten dazu, die bis in 15 Meter Tiefe hinabreichende Moorschicht des künftigen Stadtparkgeländes festzupressen. Der Stadt wurden durch diese Verknüpfung zweier großer Bauprojekte eine Million Mark erspart.

## Einer aber fehlte

Am 30. November 1910 erfolgte die landespolizeiliche Abnahme der fertigen Schnellbahn.

Auf der größten Station, Bayerischer Platz, versammelten sich am 1. Dezember 1910 die zahlreichen Ehrengäste, darunter der Minister der öffentlichen Arbeit, von Breitenbach, Polizeipräsident Dr. Freiherr von Lüdinghausen, die Vertreter der Eisenbahndirektion, die Oberbürgermeister der Nachbarstädte Berlin, Wilmersdorf und Charlottenburg sowie die Gemeindevorsteher von Friedenau und Steglitz zur feierlichen Eröffnung der neuen Bahn. Einer fehlte allerdings. Oberbürgermeister Rudolph Wilde war knapp einen Monat vorher einem Herzschlag erlegen. Aber in allen Ansprachen wurde seiner gedacht, denn ohne seine Initiative wären an diesem Tage noch nicht die ersten Züge, die Schöneberg in Minutenschnelle mit der Stadt verband, über die Gleise gerollt.

V. D.

## Berufung im Fall Schlegelberger

Kiel (ap/upi). Gegen das vom Verwaltungsgericht in Schleswig im Fall des früheren Reichsjustizministers Schlegelberger gefällte Urteil hat der schleswig-holsteinische Finanzminister Schäfer Berufung eingelegt. Das Verwaltungsgericht hatte am 8. November der Klage Schlegelbergers auf Zahlung seiner vollen Pensionsbezüge in Höhe von 2894 Mark monatlich stattgegeben. Der schleswig-holsteinische Finanzminister hatte Schlegelberger die Versorgungsbezüge nach dem 131er-Gesetz entzogen, weil er nach seiner Ansicht während seiner Tätigkeit als geschäftsführender Reichsjustizminister 1941/42 gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit verstoßen habe.

# Ulbrichts „schweres Bataillon“

## Geächteter Kommandeur der Betriebskampfgruppen über neue Formationen

In der Ost-West-Auseinandersetzung um Berlin müht sich Pankow eifrig um den Nachweis, Westberlin sei das Unruhezentrum Nummer 1. Es sei eingespannt in die „Kriegsvorbereitungen“ der Bundesrepublik gegen die „DDR“. Diesen lügenhaften Unterstellungen stehen jedoch Tatsachen gegenüber, die klar auf massive militärische, ja zum Teil kriegsmäßige Vorbereitungen des Ulbricht-Staates sogar auf Ostberliner Gebiet hindeuten. Die im Jahre 1953 im Anschluß an den Aufstand des 17. Juni gegründeten Betriebskampfgruppen sind inzwischen, sowohl ihrer Zahl als auch ihrer Bewaffnung und ihrer Ausbildung nach, zu einer Art Armeereserve geworden. Ihre Anwesenheit und Tätigkeit auf Berliner Boden verstößt eindeutig gegen das Viernächte-Statut. Vor einiger Zeit trat einer der führenden Mitarbeiter, der an ihrem Aufbau mitbeteiligt war und zuletzt den Posten eines Kommandeurs innehatte, nach Westberlin über. Er gab unserer Zeitung den folgenden Bericht.

Dezember 1957 — Graue Schneewolken ziehen über Berlin. Seit dem frühen Sonnabendmorgen sind die Kampfgruppen des Bezirks Köpenick in Bereitschaft. Gegen Mittag löst der 1. SED-Kreissekretär Alarm aus. Lastwagen auf Lastwagen, vollbesetzt mit Kampfgruppen-Angehörigen, verläßt die Köpenicker Industriebetriebe und rollt in Richtung Volkspolizeiinspektion. Hier werden Waffen in Empfang genommen. Eine Stunde später peitschen Schüsse durch die Straßen Köpenicks. Es ist das Knallen von Platzpatronen. Die Männer in den blauen Overalls sind zwischen den Häusern „ausgeschwärmt“. Geduckt gehen sie an den Wänden vor, hier ein Tor, dort einen Mauervorsprung zur Deckung ausnutzend.

### Ausheben und Tarnen

Das Übungsziel ist am Nachmittag erreicht. Sammeln auf einem Platz; Ansprache des Kommandeurs — Abmarsch mit einem Kampflied. An den Straßenkreuzungen und in den belebten Straßen Köpenicks patrouillieren noch immer mit Maschinepistolen bewaffnete Vopstreifen. Ein wenig scheuen die Passanten durch die Straßen, um Einkäufe zu machen. „Friedensweihnacht“ ist auf den Propagandabändern in den HO-Schaufenstern zu lesen.

Seit 1953 treten die Kampfgruppen nicht mehr in ihren blauen Overalls in Erscheinung. Ihre Ausrüstung besteht nun nicht nur aus Brotbeutel, Kochgeschirr und Feldflasche. Spa-

ten und Zeltplane sind hinzugekommen. Spaten und Plane zur Sicherung der Betriebe Ostberlins? Karabiner, Maschinepistolen und MG nur zur Verteidigung? Die Ausbildungspläne lassen längst erkennen, daß man über die Aufgabenstellung des Anfangs hinauszugehen sich anschickt. An die Stellen der Straßen- und Häuserkämpfe sind infanteristische Geländeübungen getreten: Bewegung und Tarnen im Gelände, Ausheben von Deckungslöchern und Schützengräben.

### In den Müggelbergen

Würde anfangs nur in kleinen Gruppen geübt, so sahen die erstauten Spaziergänger in den Gosener Bergen, dem Friedrichshagener Forst und den Müggelbergen nun plötzlich am Sonnabendnachmittag größere Verbände im Einsatz. Immer häufiger wurden auch die Nachtübungen. Das Ausbildungs- und Übungsziel heißt heute nicht mehr Sicherung der Betriebe, sondern Bekämpfung von gelandeten Fallschirmtruppen und Diversanten. Die sozialistischen Erziehungenschaften werden übungsweise verteidigt. Erst wenn die Lastwagen wieder in die Volkspolizeiinspektionen gerollt, wenn die Waffen gereinigt und gelagert sind, beginnt für den „Genossen Kämpfer“ das freie Wochenende.

Rund 9000 ausgebildete Kampfgruppenangehörige gibt es heute auf dem Gebiet von Ostberlin. Sie sind aufgeteilt in Regimentern, von denen je eins in den Stadtbezirken Mitte, Lichten-

berg und Köpenick stationiert ist. Die übrigen Stadtbezirke begnügen sich vorläufig noch mit kleineren Einheiten; Regimentsstäbe gibt es jedoch bereits in allen Ostberliner Bezirken. Sie unterstehen unmittelbar dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung. Die Regimentskommandeure sind grundsätzlich Offiziere der Vopo im Hauptmanns- bzw. im Oberleutnantsrang. Jede Hundertschaft hat ihren ständigen Instrukteur, der ebenfalls Volkspolizeiangehöriger ist.

Seit Ende 1959 existiert in dieser mehr als halb-militärischen Truppe auch ein „schweres Bataillon“. Einigermaßen überrascht waren die Ostberliner Bürger, als sie eines Tages Kampfgruppen sahen, die mit schweren Maschinengewehren, Pakgeschützen und Granatwerfern zur Übung ausrückten. Das Bataillon besteht aus zwei Schützen-Hundertschaften, einem Pakzug, einem Granatwerferzug und schließlich einem SMG-Zug (Schweres Maschinengewehr). Ähnliche Formationen bestehen in jedem Bezirk der Sowjetzone.

„Der Friede ist uns teuer“, erklären Ulbricht und seine Funktionäre, um der Bevölkerung die Aufstellung und Tätigkeit der Kampfgruppen schmackhaft zu machen. Wie teuer er ist, das läßt sich einigermaßen genau berechnen.

### Pro Mann 300 Mark

Geht man davon aus, daß die Kampfgruppen z. B. in Ostberlin jeden ersten Sonnabend im Monat eine ihrer Übungen durchführen, so bedeutet das bei einer nur 75prozentigen Teilnahme einen monatlichen Ausfall von 34 000 Arbeitsstunden. Jährlich sind das etwa 400 000 Arbeitsstunden. Legt man einen Durchschnittsverdienst von zwei Mark zugrunde, so kostet dieser Ausfall der Wirtschaft rund eine Million Mark jährlich. Bedenkt man, daß die Ausstattung eines Kampfgruppenangehörigen etwa 300 Mark wert ist und setzt man die von der Volkspolizei gelie-

(Fortsetzung auf Seite 7)

# Hermann Flade endlich frei!

Nach zehn Jahren aus dem Zonen-Zuchthaus entlassen

Berlin (dpa/ap/upi). Hermann Josef Flade ist nach zehnjähriger Haft aus dem Sowjetzonen-Zuchthaus Waldheim entlassen worden. Wie das Informationsbüro West (iwe) mitteilt, wurde die Entlassung im Zuge der von der Sowjetzonenregierung kürzlich ausgesprochenen Amnestie verfügt. Flade ließ sich, wie bekannt wurde, zu Verwandten in der Sowjetzone entlassen. Dem Vernehmen nach hält sich seine Mutter seit mehreren Jahren in der Bundesrepublik auf.

Der ehemalige Werdauer Oberschüler Flade war am 10. Januar 1951, 17-jährig, vom damaligen Oberlandesgericht Dresden wegen „Boykotttätigkeit und Widerstand gegen die Staatsgewalt“ zum Tode verurteilt worden. Angesichts des Proteststurmes der Weltöffentlichkeit war die Todesstrafe später in eine fünfzehnjährige Zuchthausstrafe umgewandelt worden, von der Flade zwei Drittel verbüßt hat.

Flade war in der Nacht vor der ersten „Volkskammerwahl“ der Sowjetzone in Olberhau bei dem Versuch verhaftet worden, selbstgefertigte Flugblätter gegen die kommunistische Einheitsliste zu verteilen. Seiner Festnahme hatte er sich widersetzt und dabei einen Volkspolizisten mit einem Taschenmesser leicht verletzt. Flade hatte dann in der gegen ihn geführten Gerichtsverhandlung eine feste Haltung bewahrt und auf seinem politischen Standpunkt beharrt.

Seit seiner Verurteilung waren mehrere Gnadengesuche für den Oberschüler eingereicht, aber stets abgelehnt worden. Im April 1957 lehnte Sowjetzonen-Justizminister Hilde Benjamin eine Amnestie kategorisch

ab. Die zahlreichen Proteste gegen Flades Verurteilung im Februar 1957 waren erneut aufgeflammt, nachdem bekannt wurde, daß Flade in Waldheim in die Krankenhausabteilung des Zuchthauses eingeliefert worden war. Nach Mitteilung des Gefangenearztes litt er an einer tuberkuloseähnlichen Erkrankung. Die Ablehnung des Gnadengesuches im Juni 1957 wurde von den Zonenjustizbehörden damit begründet, „daß der Strafzweck damit noch nicht erreicht sei“.

Nach Mitteilung des iwe soll er in letzter Zeit in der Strafanstalt „gut behandelt“ worden sein. Seine Krankheit sei völlig ausgeheilt.

## Telegramm an die Eltern

Überrücklich waren die Eltern Flades, die in Traunstein leben. Sie waren 1951 nach Westberlin geflohen, nachdem man sie aufgefordert hatte, Spitzeldienste für den SSD zu leisten. Die Eltern erhielten bereits am Donnerstag ein Telegramm von ihrem Sohn mit den Worten: „Komme so bald als möglich zu Euch.“ Wann Hermann Flade eintreffen wird, wissen die Eltern nicht. Der

Vater sagte: „Ich will alles meinem Sohn überlassen. Er soll so handeln, wie es ihm richtig erscheint.“

## Waffen aus Ostblock

Rabat (upi/dpa). Frankreich hat bei der marokkanischen Regierung gegen die Landung von 1800 Tonnen Waffen und Munition in Tanger durch den bulgarischen Frachter „Bulgaria“ protestiert. Bei den Waffen soll es sich um 7,5-cm-Feldgeschütze und 12-cm-Mörser aus Beständen der ehemaligen deutschen Wehrmacht handeln, die während des zweiten Weltkrieges im Balkan gelagert worden waren.

## Preußische Könige nach Hohenzollern

Hechingen (dpa). Die überlebensgroßen Bronzestatuen des Großen Kurfürsten, sechs preussischer Könige und des Kaisers Wilhelm I. sollen auf der Bastei der Hohenzollernburg aufgestellt werden. Die zum Teil 40 Zentner schweren Bronzestatuen standen einst in der Ruhmeshalle des Berliner Zeughauses. 1944 wurden sie nach Wiesbaden evakuiert und nach Kriegsende nach Berlin zurücktransportiert.

## Feiertage abgeschafft

Warschau (upi). Der polnische Sejm (Parlament) hat zwei hohe katholische Feiertage abgeschafft, das Fest der „Heiligen Drei Könige“ am 6. Januar und das Fest „Mariä Himmelfahrt“ am 15. August. Gegen die Abschaffung stimmten die zehn Abgeordneten der Gruppe „Znak“, während vier Unabhängige sich der Stimme enthielten. Das Blatt der kommunistischen Arbeiterpartei, „Trybuna Ludu“, begründete die Abschaffung der beiden Feiertage damit, daß die Jahresproduktion der „sozialistischen Industrie“ in Polen durch die Arbeit an diesen beiden Tagen um rund eine Milliarde Zloty erhöht werden könne.

## Ulbrichts „schweres Bataillon“

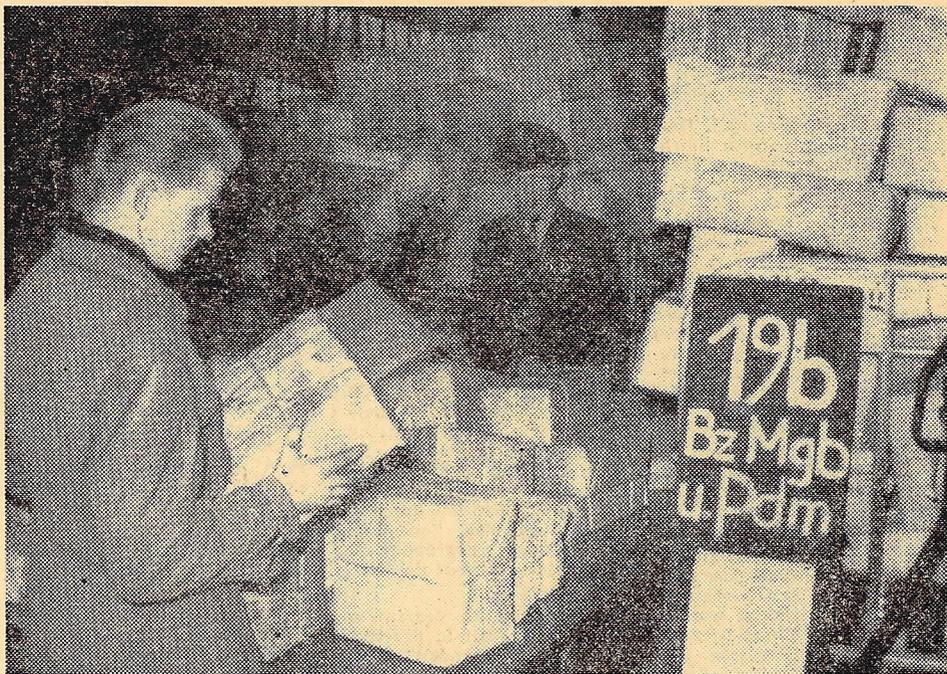
(Fortsetzung von Seite 6)

ferte Verpflegung mit rund 16 000 Mark an, so kann man sich ein ungefähres Bild von der Belastung machen, die letztlich die Bevölkerung zu tragen hat.

Die Wirtschaftsfunktionäre raufen sich darüber seit langem die Haare. Sie sind es, die die Leute zu den Übungen abstellen, zugleich aber die Produktionspläne erfüllen sollen.

Während das Knatzen der MPI-Graben allmonatlich im östlichen Teil Berlins und nicht nur dort zu hören sind, beteuert die SED-Presse den „Friedenswillen“ der Pankower Regierung und die Abrüstungsbemühungen des Ostblocks. Wer aber die Tatsachen kennt, läßt sich durch solche Propagandatöne nicht täuschen. Er durchschaut das Spiel und mißt die Kommunisten nicht an den Worten, sondern an ihren Taten. —efk

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Hochbetrieb im Interzonenpostamt Braunschweig. Hoch türmen sich die Pakete für den Bezirk Potsdam und Magdeburg — Unten: Kulturkongreß der CDU in Gelsenkirchen. Von links nach rechts: Bundesminister Dr. Schröder, Kultusminister a. D. Christine Teusch, Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier und der schleswig-holsteinische Kultusminister Osterloh.

